

# HASS, BEDROHUNGEN & GEWALT GEGEN KOMMUNALPOLITIKER\*INNEN



Fotos v. l.: © wellphoto - Fotolia.com | Nomad\_Soul - Fotolia.com

## BUNDESWEITE SITUATION

- Wir beobachten eine besorgniserregende Entwicklung: Hass, Bedrohungen und Anfeindungen gegenüber Kommunalpolitiker\*innen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Aktuelle Umfragen der Zeitschrift KOMMUNAL und der forsa belegen, dass fast  $\frac{3}{4}$  der Bürgermeister\*innen in ihrer Gemeinde Erfahrungen mit Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Übergriffen – und das sogar mehrfach – gemacht haben. Noch im Jahr 2019 war es weniger als die Hälfte.
- Die Situation spitzt sich auch aufgrund der Corona-Pandemie weiter zu. Fast 30 Prozent der befragten Bürgermeister\*innen bestätigen das laut der jüngsten Umfrage von KOMMUNAL.
- Von Anfeindungen sind nicht nur hauptamtliche Bürgermeister\*innen betroffen, sondern auch eine Vielzahl an ehrenamtlichen. Dabei ist Hass und Hetze im Netz ein besonderes Problem, weibliche Kommunalpolitiker\*innen sind besonders betroffen. Auch die Familien, Kinder und Freunde werden angefeindet.
- Wir reden also nicht mehr über Einzelfälle, sondern über ein bundesweites Problem in allen Parteien, Regionen und allen Stadt- und Gemeindegrößen. Dies bestätigen auch die polizeilichen Kriminalstatistiken, die einen enormen Anstieg der Straftaten vor allem im Coronajahr bestätigen. 2020 gab es 57 Prozent mehr politisch motivierte Straftaten gegen Politiker\*innen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene als noch 2019 (2629). Der Hass kommt dabei nicht nur von Extremisten, Reichsbürgern und Verschwörungstheoretikern, sondern auch mitten aus der Gesellschaft.
- Dabei wird zunächst oft nur auf Politiker\*innen auf Landes- und Bundesebene geschaut. Die kommunale Ebene rückt erst viel später in den Blick der Öffentlichkeit. Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat hier sicherlich einen Wendepunkt dargestellt und eine stärkere öffentliche Debatte ausgelöst.
- Die Folgen sind fatal: Während einige den Anfeindungen Stand halten und erst recht weiter machen, trauen sich andere nicht mehr ihre Mei-



nung zu sagen, einige ziehen sich zurück, treten zurück von ihren Ämtern, andere treten gar nicht mehr an. Die ohnehin anspruchsvollen Ämter werden zunehmend unattraktiver. Viele fühlen sich mit dem Problem allein gelassen und sind der Meinung, sie müssten das „aushalten“.

- Wir brauchen all die Menschen, die bereit sind, Verantwortung vor Ort zu übernehmen und zu tragen. Sie sind das Fundament, auf dem das Gebäude der Demokratie ruht.
- Obendrein sei daran erinnert: Die Kommunalpolitiker\*innen bilden die größte Gruppe der Mandatsträger im Land. Gut 21.950 Mandate werden in Kreistagen bzw. Stadträten kreisfreier Städte und 169.450 Mandate in Gemeinderäten bekleidet – im Gegensatz zu insgesamt knapp 2.700 Mandaten deutscher Politiker\*innen auf Landes-, Bundes- und Europaebene.
- Die Situation ist paradox: Auf der einen Seite ist das Vertrauen der Bürger\*innen in ihre Kommunalvertreter gerade in Zeiten der Pandemie besonders hoch, auch das müssen wir sehen und anerkennen. Die Schere derjenigen, die Hass verbreiten und derjenigen, die sich hinter ihre Kommunalpolitiker\*innen stellen, geht also weit auseinander.

## WAS KANN GETAN WERDEN, UM DIESE SITUATION ZU VERBESSERN?

Wir müssen an das Thema von zwei Seiten herangehen: Einerseits präventiv, um Hass und Anfeindungen vorbeugen zu können und andererseits repressiv, um Straftaten konsequent entgegnetreten zu können.

### WAS IST PRÄVENTIV ZU TUN?

- Wir müssen dem Thema eine größere Aufmerksamkeit schenken und stärker sensibilisieren: Es ist an der Zeit, Vorfälle dieser Art nicht mehr zu tolerieren oder als Einzelfälle zu bezeichnen und Kommunalpolitiker\*innen damit sich selbst zu überlassen.
- Wir haben schon viel erreicht, in dem sich der Bundespräsident persönlich der Thematik angenommen und sich schützend vor die Kommunalvertreter\*innen stellt. Dennoch: Es bedarf einer noch breiteren gesellschaftlichen und öffentlichen Debatte über unsere demokratische Kultur, über die Notwendigkeit und Akzeptanz vielfältiger demokratischer Meinungen und über strukturelle Ansätze zur Stärkung der Politiker/innen vor Ort.
- Die Zivilgesellschaft, aber vor allem auch die politischen Parteien, müssen sich stärker hinter ihre Kommunalpolitiker\*innen stellen, Schutzmaßnahmen mit unterstützen, Beratungsstrukturen aufbauen. Da ist nicht nur der Staat gefordert, etwas zu tun.
- Wir brauchen flächendeckende speziell auf Kommunalpolitiker\*innen zugeschnittene Hilfs- und Beratungsangebote: Hier gehen einige Länder, wie NRW, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hessen und Bayern voran, in dem dort konkrete Ansprechpartner und Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet wurden, die die Betroffenen unterstützen und die strafrechtliche Verfolgung erleichtern können. Andere stehen hier jedoch noch am Anfang.
- Wir benötigen mehr Prävention im Bereich der politischen Bildung in den Schulen, der Jugendarbeit bis zu Demokratiewerkstätten vor Ort. Das ist neben guten und gleichwertigen Lebensbedingungen in Deutschland aus unserer Sicht der Schlüssel, um Hass und Hetze erst gar nicht entstehen zu lassen.



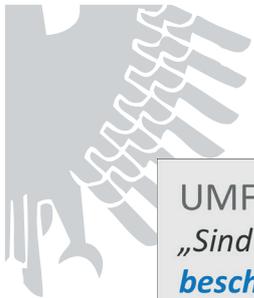
## WAS MÜSSEN WIR TUN, UM DIE STRAFRECHTSVERFOLGUNG ZU ERLEICHTERN?

- Wir benötigen endlich einen Gesetzesrahmen, um Hass und Anfeindungen im Netz im erforderlichen Umfang verfolgen und ahnden zu können und soziale Netzwerkbetreiber stärker in die Pflicht zu nehmen. Wir bewegen uns im Netz noch immer in einem weitgehend rechtsfreien Raum, wenn es um digitale Bedrohungen geht. Der DStGB und die Kommunalpolitiker\*innen bedauern sehr, dass wir noch immer auf das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität warten, dass diese Situation verbessert hätte. Dessen Inkrafttreten wurde erst kürzlich aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken gegen Befugnisse der Sicherheitsbehörde im Umgang mit personalisierten Bestandsdaten im Netz erneut gestoppt.
- Wir fordern, dass insbesondere das „Stalking“ von Kommunalpolitiker\*innen im Netz unter Strafe gestellt wird. Aktuell wird der Stalking-Paragraph § 238 StGB reformiert. Dies muss genutzt werden, um einen eigenen Tatbestand des sog. Politiker-Stalkings aufzunehmen, der auch diffuse und zunächst niedrigschwellig wirkende Drohungen wie „fühle dich nicht sicher“ von einer unbestimmten Zahl an Tätern ahnden zu können.
- Sicherheitsbehörden und Justiz in den Ländern und beim Bund müssen v. a. im Hinblick auf digitale Gewalt im Netz besser geschult und auf zunächst niedrigschwellig wirkende Gewalt sensibilisiert werden sowie Anzeigen konsequent weiterverfolgen. Hier sind die Innenministerien der Länder angesprochen, aktiv zu werden.

## WAS MACHEN WIR ALS DStGB?

- Zur Unterstützung der Kommunalpolitiker\*innen bietet der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Landkreistag Dialogveranstaltungen an, um sich untereinander auszutauschen, Kommunikationsstrategien zu entwickeln und Verbündete zu finden.
- Der DStGB arbeitet gemeinsam mit der Körber Stiftung, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Landkreistag an einer Online-Plattform, die Hilfs- und Unterstützungsangebote für betroffene Bürgermeister\*innen sichtbar machen und ein großes Netzwerk aufbauen soll.
- Der DStGB arbeitet an einer validen Datenbasis mit dem Bundeskriminalamt und weiteren wissenschaftlichen Partnern, um die aktuelle Situation, die Entwicklung in den kommenden Jahren und das bundesweite Ausmaß von Hass und Bedrohungen auf kommunaler Ebene erfassen und eine Grundlage für konkrete Maßnahmen schaffen zu können.
- Der DStGB wirkt aktiv gemeinsam mit seinen kommunalen Landesverbänden daran mit, dass Strafrechtslücken geschlossen und Straftaten konsequent verfolgt und geahndet werden können.



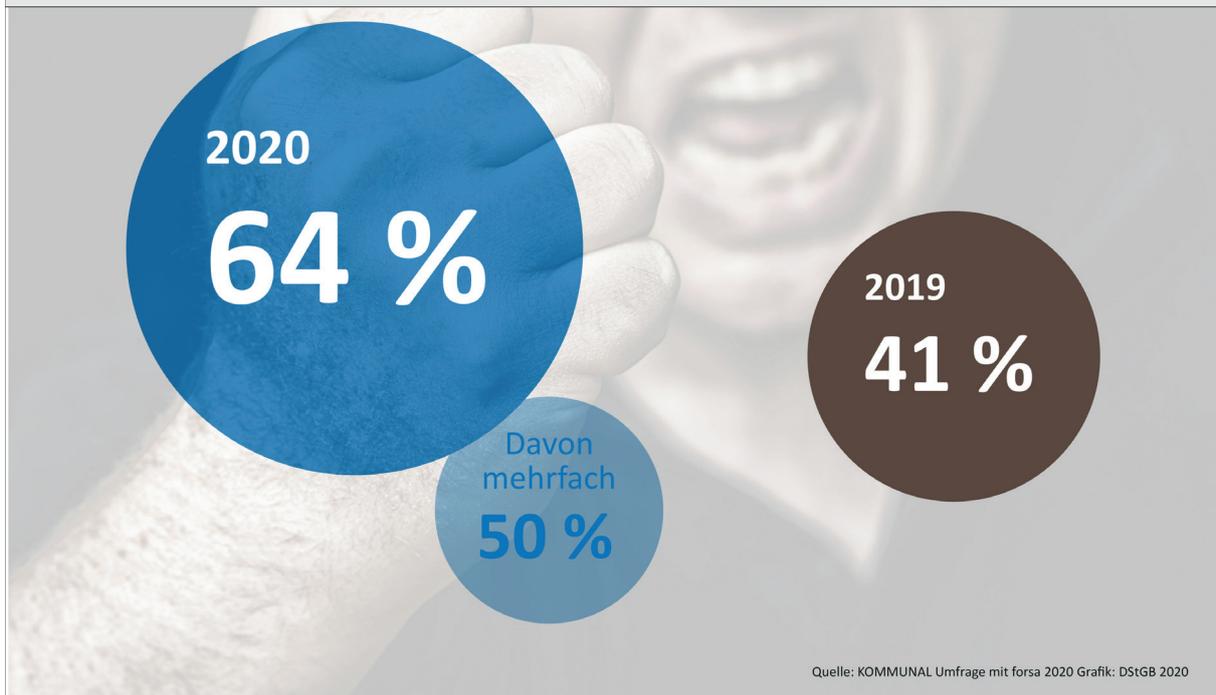


## UMFRAGE GEWALT GEGEN KOMMUNALPOLITIKER

„Sind Sie **im Rahmen Ihrer Tätigkeit** selbst schon einmal **beleidigt, beschimpft, bedroht** oder sogar **tätlich angegriffen** worden?“



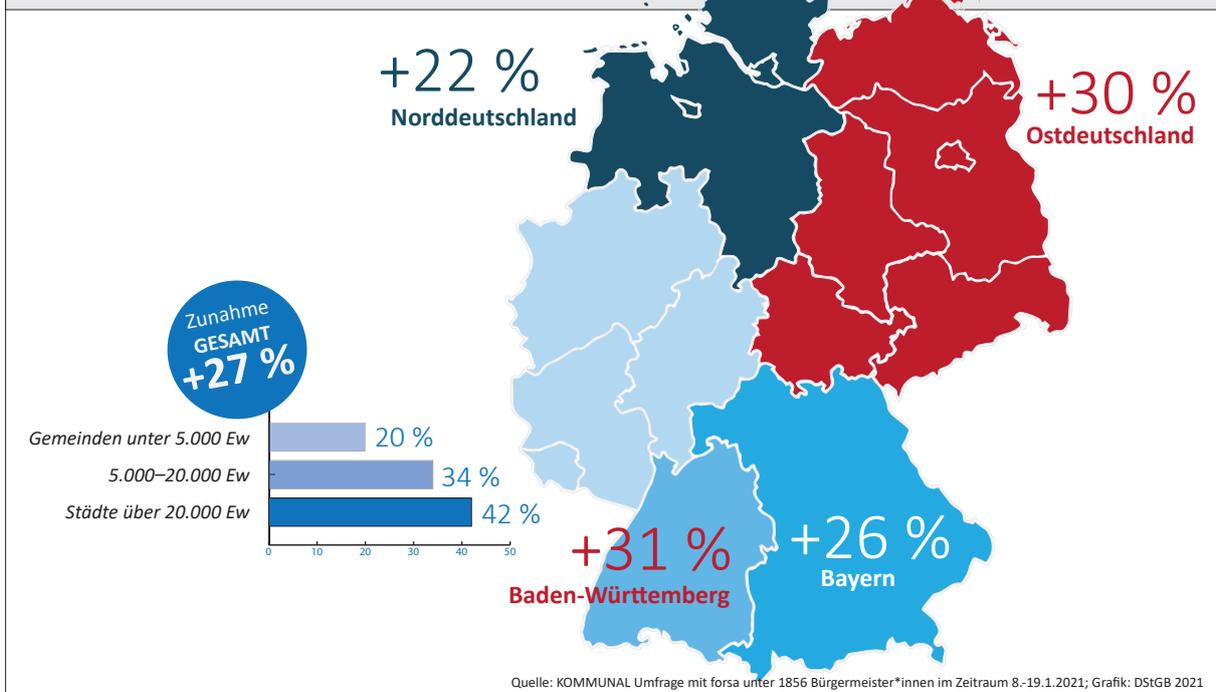
**DStGB**  
Deutscher Städte-  
und Gemeindebund



## BELEIDIGUNGEN GEGENÜBER MITARBEITERN DER GEMEINDE HABEN IN DER CORONA-KRISE ZUGENOMMEN



**DStGB**  
Deutscher Städte-  
und Gemeindebund



Deutscher Städte- und Gemeindebund | Marienstraße 6 | 12207 Berlin-Lichterfelde  
Tel.: 030 / 77307-0 | E-Mail: renee.ramin@dstgb.de | Internet: [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

HASS, BEDROHUNGEN & GEWALT GEGEN KOMMUNALPOLITIKER\*INNEN